LATEINAMERIKA 28.05.2026 | Sandra Weiss

Knute für links, Gnade für rechts

Trump erklärt Lateinamerikas Narcopolitik den Krieg – und verfolgt dabei weit mehr als nur den Kampf gegen Drogenkartelle.

Das Leben von Alex Saab klingt wie das Drehbuch zu einem Netflix-Thriller: Vom einfachen Verkäufer von Schuluniformen brachte es der Kolumbianer aus der Hafenstadt Barranquilla zum Milliardär. Geholfen haben ihm dabei Kontakte zur linken kolumbianischen Senatorin Piedad Córdoba, die ihn mit der sozialistischen Führungsriege in Venezuela bekannt machte. Seine erste Million scheffelte Saab mit betrügerischen Import-Export-Geschäften, für die er vom venezolanischen Regime Dollars zum Vorzugswechselkurs bekam. Dann wurde er zum wichtigsten Strohmann und Geschäftskontakt von Machthaber Nicolás Maduro, der heute in einem US-Gefängnis auf seinen Prozess wegen Drogenhandels und Geldwäsche wartet.

Saab gesellt sich nun zu ihm: Vergangene Woche leistete Venezuelas Marionettenpräsidentin Delcy Rodríguez der Anordnung aus Washington geflissentlich Folge und überstellte den 54-Jährigen. US-Präsident Donald Trump und seine rechte Maga-Bewegung sind schon lange scharf auf ihn, weil er für Venezuelas Führungsriege ein weltumspannendes Geldwäschenetz aufgebaut haben soll, in das – so der Verdacht – allerlei linke Politiker Hispanoamerikas verstrickt sind.

Sprich: Der Mann ist eine Goldgrube an Informationen. Saab war 2020 während Trumps erster Präsidentschaft in Kap Verde festgenommen worden. Trotz des tatkräftigen Einsatzes des spanischen Starrichters Baltasar Garzón, der den spanischen und venezolanischen Sozialisten nahesteht, wurde Saab ein Jahr später an die USA ausgeliefert. Doch der Prozess kam nie zu einem Ende: US-Präsident Joe Biden tauschte Saab im Dezember 2023 überraschend gegen mehrere in Venezuela inhaftierte US-Bürger aus.

Die Ausläufer dieser Netzwerke reichen bis nach Europa: Diese Woche wurde Spaniens Ex-Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero angeklagt, einer dubiosen venezolanischen Fluggesellschaft (offenbar einer Geldwäschefassade regimenaher Oligarchen) Subventionen

verschafft zu haben – im Gegenzug für fast zwei Millionen Euro Schmiergeld. Wichtige Informationen für den Prozess kamen offenbar aus den USA.

Fast alle Drogenhändler haben inzwischen Kronzeugenregelungen akzeptiert.

Saab und Maduro sind nicht die Einzigen, die den USA als Kronzeugen wertvolle Informationen über politische Korruptionsnetzwerke liefern können. Mindestens ebenso im Visier ist Mexiko, wo die Verstrickungen zwischen Politik und organisierter Kriminalität seit Jahrzehnten immer enger werden.
Inzwischen sitzt die komplette Führungsriege des mexikanischen Sinaloa-Kartells in US-Gefängnissen. Das Kartell ist für die USA besonders interessant, weil es beste Beziehungen zur linken Regierungspartei *Morena* unterhielt, insbesondere zu Expräsident Andrés Manuel López Obrador, der statt auf Konfrontation auf eine friedliche Koexistenz zwischen Politik und Kartellen setzte. Seine Strategie: „Küsse statt Schüsse".

Fast alle Drogenhändler haben inzwischen Kronzeugenregelungen akzeptiert. Die Folge: Vor einigen Tagen legten die USA der mexikanischen Präsidentin Claudia Sheinbaum, einer politische Ziehtochter von López Obrador, eine Liste mit zehn Narcopolitikern vor, deren Auslieferung sie beantragen. Ganz oben auf der Liste steht der Gouverneur des Bundesstaates Sinaloa, Rubén Rocha Moya (*Morena*). Das ist ein Novum: Bislang gehörte es zu den diplomatischen Gepflogenheiten, durch derartige Anschuldigungen keine Amtsträger bloßzustellen.

Der Vorstoß gegen Rocha Moya kommt allerdings wenig überraschend: Die Opposition hatte schon im Jahr 2021 vergeblich die „Narcowahlen" in dem Bundesstaat angefochten, aus denen Rocha Moya als knapper Sieger hervorging. Unter anderem riegelten Kriminelle damals die Zufahrten zu Wahllokalen ab und ließen nur Regierungsanhänger durch; außerdem wurden oppositionelle Wahlhelfer entführt und erst nach der Wahl wieder freigelassen; und zahlreiche Wahlakten verschwanden spurlos. Mexikos Justiz stellte die Ermittlungen damals ein. Sheinbaum reagierte nun empört auf die Anschuldigungen aus Washington, stellte sich vor die Beschuldigten und forderte Beweise.

Ob sie dem Druck aus den USA lange standhalten kann, ist fraglich.

Rocha Moya ließ sich vorübergehend beurlauben, doch zwei seiner Mitarbeiter wurde das Spiel offenbar zu heiß: Sein ehemaliger Finanzminister und der langjährige Sicherheitsminister stellten sich den US-Behörden. Auch sie dürften wertvolle Informationen über die Koexistenz von Narcos und Politikern in dem Bundesstaat im Gepäck haben. Denn sich für den Fall der Fälle durch Adressbücher, Chatverläufe und Gesprächsmitschnitte abzusichern, ist seit Jahrzehnten eine goldene Regel für alle, die in Mexiko in krumme Geschäfte verwickelt sind.

Die Zeche für die schamlose Korruption und den Schmusekurs zwischen Verbrechern und Politikern zahlt Mexikos Bevölkerung.

Die Zeche für die schamlose Korruption und den Schmusekurs zwischen Verbrechern und Politikern zahlt Mexikos Bevölkerung: Wahlen werden manipuliert und der Volkswille wird missachtet. Öffentliche Gelder werden veruntreut, die dann für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit fehlen. Und die Co-Herrschaft von Politikern und Kartellen geht einher mit Schutzgelderpressungen, Morden, Entführungen und Straflosigkeit. Neu ist das alles nicht, und *Morena* hat da auch kein Alleinstellungsmerkmal: Erinnert sei an die Verschleppung von 43 Lehramtsstudenten im Jahr 2014 durch Kartellkiller und Dorfpolizisten, die von einem Narco-Bürgermeister befehligt wurden, während das Militär tatenlos zusah und vermutlich noch bei der Beseitigung der Leichen half. Die Staatsanwaltschaft folterte Inhaftierte und konstruierte so eine Halbwahrheit; als ausländische Ermittler zu stark nachbohrten, beendete die Regierung abrupt deren Mission.

Dass Mexikos Sumpf sich einmal selbst reformieren könnte, daran glaubt fast niemand mehr. Deshalb sehen einige Trumps Vorstoß wohlwollend. Doch dass jetzt die Stunde des Großreinemachens und der Erneuerung schlagen könnte, ist eine naive Illusion. Denn Trump und Maga geht es nicht um Transparenz, Demokratie und funktionierende Institutionen. Die Offensive hat zwei klare Ziele: linke Parteien und Bewegungen dauerhaft zu schwächen und ihre Netzwerke zu zerschlagen. Und mit dem „Krieg gegen Drogen und Terrorismus“ ein Instrument zu schaffen, mit dem Druck auf die lateinamerikanischen Regierungen ausgeübt werden kann, damit diese die strategischen Ziele der USA erfüllen – etwa Militärbasen, Bergbau- und Erdölkonzessionen und eine

Zurückdrängung geopolitischer Rivalen wie China. Die Instrumente, die dabei zum Einsatz kommen, sind vielfältig: US-Staatsanwaltschaften, Botschaften (in Mexiko ist der Botschafter ein ehemaliger CIA-Geheimdienstoffizier), das Büro zur Kontrolle ausländischer Aktiva (OFAC) des US-Finanzministeriums sowie Militär, CIA und die Drogenbekämpfungsbehörde DEA.

Wenn sich lateinamerikanische Politiker hilfsbereit gegenüber den US-Anliegen zeigen oder ideologisch auf Maga-Linie sind, können sie mit Gnade rechnen – selbst wenn ihnen Drogengeschäfte vorgeworfen werden. Ein Beispiel dafür ist Honduras konservativer Expräsident Juan Orlando Hernández. Der war wegen Drogenhandels in einem ordentlichen Prozess in den USA zu 45 Jahren Haft verurteilt worden. Trump ließ ihn wieder frei und sorgte mit ein paar Posts in sozialen Medien dafür, dass sein Parteifreund in Honduras die Wahlen gewann. Auch Nayib Bukele verzieh Trump, dass dieser seine ersten Wahlkämpfe für Bürgermeisterposten – damals noch für die linke Partei FMLN – mit Geldern aus Venezuela bestritten hatte und dass er als Präsident zunächst mit den kriminellen Jugendbanden paktierte, statt sie zu bekämpfen. Ein weiterer Narcopolitiker, der Gnade fand, ist Paraguays Expräsident Horacio Cartes, der wegen Drogenhandels, Schmuggels und Geldwäsche in den USA sanktioniert war – bis Trump ihn von der Liste strich.

Für die linken Parteien ist das eine bittere Medizin, denn nicht alle waren so korrupt wie die Sozialisten in Venezuela, und nicht in allen Ländern ist die Narcopolitik so tief verankert wie in Mexiko. Doch besonders aktiv oder innovativ bei der Korruptions- und Verbrechensbekämpfung waren sie allesamt nicht. Wie räumte der linke uruguayische Präsident Yamandú Orsi neulich ein: „Wir haben die Kriminalität lieber mit sozialen Faktoren erklärt, aus Angst, mit reaktionärem Gedankengut in Verbindung gebracht zu werden.“ Doch die Bevölkerung benötige konkrete Lösungen, und weil man die nicht lieferte, habe man das Spielfeld rechten Parteien überlassen. Das rächt sich nun doppelt – an den Urnen und durch den Druck aus Washington.



Sandra Weiss
Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.